

Beschluss des Landrats vom 29.08.2019

Nr. 74

54. Velo-Offensive BL: Nachhaltige Mobilität der Verwaltungsangestellten bei Dienstfahrten und Fahrten zur Arbeit

2019/154; Protokoll: ble

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) erklärt, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen.

Saskia Schenker (FDP) nennt sich «die Velofahrerin» ihrer Fraktion, findet aber, der Vorstoss gehe zu weit. Es ist eine reine Führungsaufgabe des Regierungsrats. Dieser kann Anreize setzen, damit mehr Dienstvelos genutzt werden. Gemäss dem Vorstoss soll eine umfassende Analyse gemacht werden, welche Angestellten wann das Velo für Fahrten zur Arbeit und für Dienstfahrten etc. nutzen. Dabei handelt es sich um einen Riesenaufwand, der in Richtung vorschreibende Politik geht. Der Vorstoss will damit vorschreiben, was zukünftig gemacht werden soll, so kommt er zumindest in Bezug auf das Wording daher. Es ist natürlich toll, wenn die Leute vermehrt das Velo für kurze Strecken nutzen, wie die Rednerin selbst. Der Regierungsrat kann hier aber in Eigenkompetenz Anreize setzen und umsetzen, ohne dazu noch eine Prüfung machen zu müssen, bei welcher diverse Postulatsfragen beantwortet werden müssen. Die FDP ist gegen eine Überweisung.

Markus Meier (SVP) geht noch einen Schritt weiter als seine Vorrednerin. Was die SVP-Fraktion noch mehr störe sei, dass es sich um einen tatsächlichen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Arbeitnehmer handelt. Arbeitsrechtlich gehört der Arbeitsweg nicht zur Arbeitszeit, sondern er geht auf die private Zeit. Und notabene ist es jedermanns eigene Entscheidung, welches für ihn das richtige oder ideale Verkehrsmittel ist. Es geht in Richtung Bevormundung. Im weitesten Sinne würde eine Erhebung den Datenschutz ritzen. Warum soll jemand etwas preisgeben, das in seinen persönlichen Freiheitsbereich gehört und nicht Sache des Arbeitgebers ist? Wehret den Anfängen! Wenn einmal das Mobilitätsverhalten auf dem Arbeitsweg zur Frage steht, wird man als Nächstes vielleicht wissen wollen, wieviel Würfelzucker jemand in seinen Kaffee tut. Und als Übernächstes, wie viele Gramm Salz im Znümbrot sind. Das sind so die aktuellen Entwicklungen. Es ist der falsche Weg.

Postulantin **Mirjam Würth** (SP) freut sich darüber, dass der Regierungsrat die Anregung entgegennehmen möchte. Es ist sehr wichtig, sich mit dem Thema Mobilität auseinanderzusetzen, gerade in Bezug auf das heute schon viel diskutierte Thema des Klimawandels. Im kleinen Bereich (bis 5 km) ist das Velo erwiesenermassen das schnellste und günstigste Verkehrsmittel. Es geht nicht darum, Vorschriften in Bezug auf die Fahrt zur Arbeit mit dem Velo zu machen. Man soll vielmehr wissen und auch sehen, wieviel Weg man mit welchem Medium zurücklegt und wo es Verbesserungspotenzial gibt. Selbstverständlich ist es eine Führungsaufgabe. Aber ohne Grundlagewissen kann diese gar nicht wahrgenommen werden. Es ist zwar eine relativ detaillierte Aufschlüsselung. Gleichwohl dient es als Grundlage, damit solche Führungsaufgaben wahrgenommen werden. Markus Meier ist zu entgegenen, dass es nicht darum gehe, zu wissen, wie viele Eier er zum Frühstück esse, aber grundsätzlich hat gerade das Parlament auch eine Art Vorbildfunktion. Und wenn das Parlament anfängt, sich mehr zu bewegen, und damit der Gesundheit etwas Gutes zu tun, so ist das sicher richtig.

Reto Tschudin (SVP) stellt fest, es gehe um Dienstfahrten. Was ihm in der Tabelle fehlt, ist der Grund, warum man an einem bestimmten Tag mit dem Velo zur Arbeit gefahren ist oder nicht. War

es das Wetter? Es gibt gute Gründe, an bestimmten Tagen nicht im Anzug an einen geschäftlichen Termin zu radeln – weil man sonst nämlich «pflotschnass» würde. Oder weil man viel Material mit sich hat, welches man mit dem Velo nicht transportieren kann. Würde man das Problem mit einem Anhänger lösen, bräuchte man eine halbe Stunde länger. Solche Elemente müssten in der Tabelle ergänzt werden, um ein Bild zu erhalten. Aber das lässt sich nicht abbilden, weil es so detailliert und aufwändig ist. In der Tabelle wird einfach davon ausgegangen, dass jeder an eine Besprechung geht, an die er nicht viel mitnehmen muss. Die meisten Dienstfahrten mit dem Auto haben aber den Grund, dass eben einiges an Material mittransportiert werden muss. Das lässt sich in einer Tabelle nicht erfassen. Die Verhältnismässigkeit fehlt.

Lotti Stokar (Grüne) stellt fest, dass der Regierungsrat bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen. Warum soll er das nicht tun? Er könnte auch ohne Postulat etwas unternehmen. Aber wenn der Landrat das Postulat überweist, so ist es eine zusätzliche Ermunterung, und der Landrat kennt anschliessend das Resultat. Dass man einen anonymisierten Fragebogen macht, um die Persönlichkeitsrechte zu wahren, ist klar. Das ist dem Regierungsrat bewusst. Es hat aber durchaus eine politische Relevanz. Denn letztlich hat die Art der Mobilität in einer Firma einen Einfluss auf die gesamte Infrastruktur – wie werden Spesen, Auto- und /oder Veloparkplätze, Vergütungen etc. gehandhabt? Wenn es der Regierungsrat abklären möchte, tant mieux. Die Fraktion der Grünen ist für Überweisung.

://: Mit 41:32 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.
